

4080/Rü-5213/5

Bremen, den 22. OKT. 1952

Meinkenstraße 1

Fernruf: 3612066

Fernschreiber: 024 4804 senat bremen

B e s c h l u s s .

In der Rückerstattungssache

der Erben nach den am 26.1.1958 in London verstorbenen Eheleuten Bertha und Julius Hecht, nämlich:

- 1.) Edith Menzies (fr. Mainzer) geb. Hecht, geb. 27.3.1917, wohnhaft: 11, Frederick Place, Weymouth, Dorset/England,
- 2.) Maynard Ludwig Hecht, geb. 18.3.1908, wohnhaft: 687 Newton Ave., Hempstead, N.Y./USA

- Antragsteller

Testamentsvollstreckung nach dem Recht des Staates New York ist angeordnet. Zum Testamentsvollstrecker ist der Antragsteller zu 2.) ernannt worden;

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Wilhelm Hülshorst und Gisbert Gehling, Paderborn, Bahnhofstr. 1

g e g e n

das Deutsche Reich

- Antragsgegner

dieses gemäss § 9 Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vertreten durch den Bundesminister der Finanzen;
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Bremen, Bundesvermögens- und Bauabteilung

erlässt das Landesamt für Wiedergutmachung Bremen folgenden Beschluss:

- 1.) Für das den Erblassern durch das Deutsche Reich entzogene Umzugsgut einschl. der in der Umzugsgutsliste aufgeführten Familienbilder jedoch ohne die nach den Behauptungen der Antragsteller ebenfalls im Umzugsgut befindlich gewesen und als besonders wertvoll bezeichneten Ölgemälde hat der Antragsgegner an die Antragsteller gemeinsam den Betrag von

DM 12.000,-

(in Worten: Zwölftausend Deutsche Mark) nach Massgabe der Bestimmungen des BRÜG zu zahlen.

- 2.) Diese Entscheidung ergeht kostenfrei. Jede Partei hat ihre eigenen Kosten zu tragen.

Gegen diesen Beschluss können die Parteien binnen einem Monat und, sofern sie ihren Wohnsitz im Ausland haben, innerhalb von drei Monaten die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bremen durch Einspruch zum Landesamt für Wiedergutmachung Bremen anrufen. Diese Frist beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses (Art. 64 MRG 59).

G r ü n d e .

Mit der von den Erblässern auf Grund des BRÜG gemachten Anmeldung vom 30.9.1957 wird Schadenersatz für das ihnen durch das Deutsche Reich entzogene Umzugsgut gefordert.

Der Antrag ist form- und fristgerecht gestellt. Die Zuständigkeit des Landesamtes für Wiedergutmachung Bremen ist dadurch gegeben, dass die Entziehung der Vermögenswerte im Bereich des Landes Bremen erfolgt ist.

Die Erblasser, die Eheleute Bertha und Julius Hecht, sind beide am 26.1.1958 in London verstorben und nach den am 24.4.1959 durch das Amtsgericht Salzkotten ausgestellten Erbscheinen von den Antragstellern zu 1.) und 2.) je zur Hälfte beerbt worden. Zum Testamentsvollstrecker für die nach dem Rechte des Staates New York angeordnete Testamentsvollstreckung wurde der Antragsteller zu 2.), Herr Maynard L. Hecht, ernannt.

Zum Nachweis der Entziehung des Umzugsgutes wird auf die Akte Ra-912 des Landesamtes für Wiedergutmachung Bremen verwiesen. Nach den in dieser Akte befindlichen Unterlagen ist das Umzugsgut der Eheleute Hecht durch die Speditionsfirma Ludwig Mülker in Lippstadt an die Bremer Speditionsfirma Hölzer & Co. zum Versand gekommen und auf D. "Dessau" verstaут worden. Dieser Dampfer konnte jedoch infolge des inzwischen ausgebrochenen Krieges den Bremer Freihafen nicht mehr verlassen, so dass das Schiff wieder entladen und auch das Umzugsgut der Eheleute Hecht erneut auf Lager genommen wurde. Einer weiter vorliegenden Mitteilung der Fa. Mülker, Lippstadt, vom 14.7.1942 ist zu entnehmen, dass diese Firma im August 1941 durch die Vermögensverwertungsstelle des ehemaligen Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems in Bremen aufgefordert worden ist, über den Transport des Umzugsgutes Hecht eine vollständige Abrechnung einzureichen und ein Guthaben aus nicht verbrauchten Frachtkosten abzuführen.

Es ist somit davon auszugehen, dass das Umzugsgut der Eheleute Hecht in Bremen beschlagnahmt und hier auch zu Gunsten des Deutschen verwertet worden ist.

Die Oberfinanzdirektion Bremen hat mit Schriftsatz vom 8.5.1959 den Rückerstattungsanspruch dem Grunde nach anerkannt.

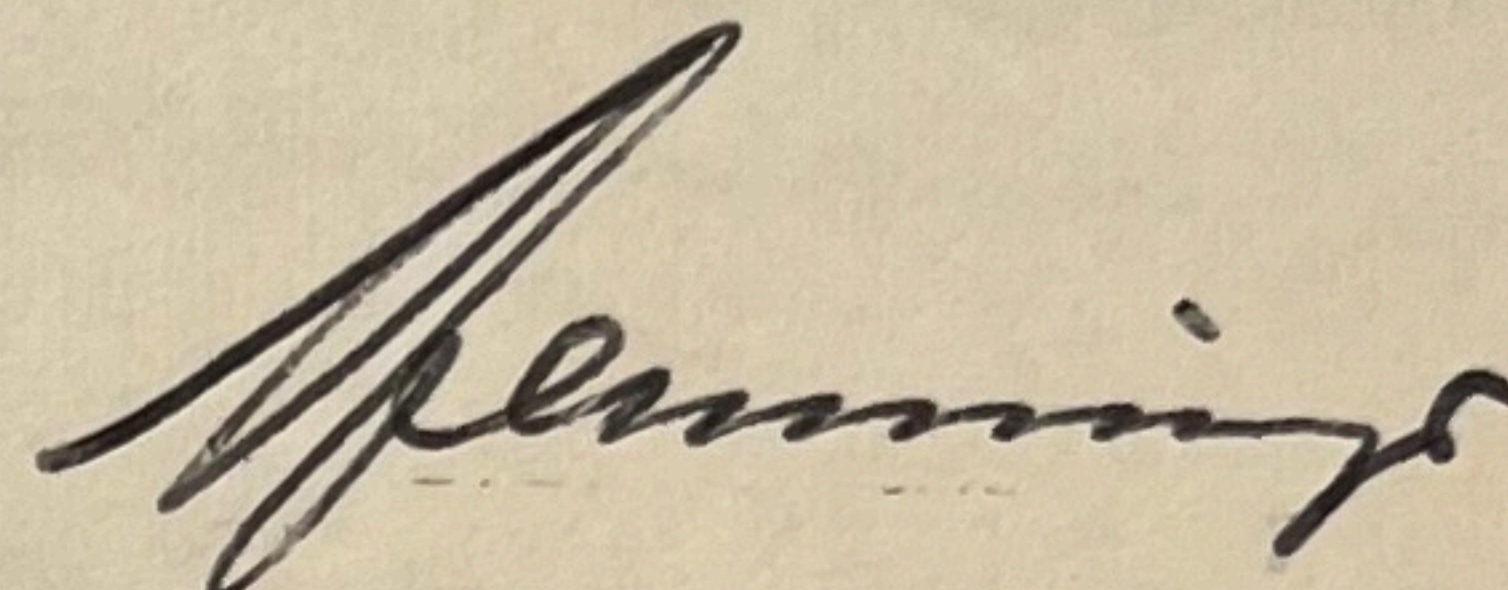
Bezüglich des festzusetzenden Schadensersatzbetrages haben sich die Parteien dahingehend geeinigt, dass für das Umzugsgut einschliesslich der in dem Inhaltsverzeichnis aufgeführten Familienbilder ein Betrag von DM 12.000,- an die Antragsteller zu zahlen ist. Dagegen soll bezgl. der nach den

Behauptungen der Antragsteller ebenfalls im Umzugsgut befindlich gewesen und als besonders wertvoll bezeichneten Ölgemälde die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bremen eingeholt werden.

Es war daher - wie geschehen - zu entscheiden.

Die Zahlung des Betrages von DM 12.000,- hat nach den Bestimmungen des 5. Abschnitts, §§ 31 - 43, BRüG zu erfolgen.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus Artikel 72 des Gesetzes Nr. 59 der US-Militärregierung in Verbindung mit der Bremischen Verordnung über Kosten, Gebühren und Auslagen in Rückerstattungsverfahren vom 13.12.1948 (Brem. Ges. Nr. 53 S. 24). *fg*



(Hennings)
Oberregierungsrat

22/1.63

BESCHLUSS

Ausfertigung

| | | | |
|--------------------------------|----|----|---------|
| Eingegangen | | | |
| 30. APR. 1964 | | | |
| Landesamt für Wiedergutmachung | | | |
| 30.4. | D2 | Rm | 7. 30.4 |

Ru 5213

In der Rückerstattungssache

der Erben nach den am 26.1.1958 in London verstorbenen Eheleuten Bertha und Julius H e c h t ,
nämlich

1. Edith M e n z i e s (fr. Mainzer) geb. Hecht,
geb. 27.3.1917, wohnhaft 11, Frederick Place,
Weymouth, Dorset/England,

2. Maynard Ludwig H e c h t , geb. 18.3.1908,
wohnhaft 687 Newton Ave., Hempstead, N.Y./USA,
Antragsteller,

-Testamentsvollstreckung nach dem Recht des Staates
New York ist angeordnet. Zum Testamentsvollstrecker
ist der Antragsteller zu 2) ernannt worden-

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Wilhelm
Hülshorst und Gisbert
Gehling, Paderborn, Bahn-
hofstraße 1,

g e g e n

das Deutsche Reich,
dieses gemäß § 9 BRUG vertreten durch den
Bundesminister der Finanzen;
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Bremen,
Bundesvermögens- und Bauabteilung,
Antragsgegner,

Verfahrensbevollmächtigter: Assessor Wank, Bremen

hat der Senat für Rückerstattungssachen unter Mit-
wirkung von

Oberlandesgerichtsrat Drodten,
Oberlandesgerichtsrat Kohlmann,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Woesner

am 7. April 1964 beschlossen:

Auf die sofortige Beschwerde der Antragsteller
wird der Beschluß der Wiedergutmachungskammer

des Landgerichts Bremen vom 24. Juli 1963 aufgehoben.

Die Sache wird zur neuen Verhandlung und Entscheidung
an das Landgericht zurückverwiesen.

und hinter dem Rücken der Zollbeamten dem Umzugsgut beige packt gewesen seien. Es falle auf, daß der Erblasser in seiner Anmeldung den Wert des Lifts mit - nur - 17.771 DM angegeben habe.

In einer von den Antragstellern übergebenen handschriftlichen Aufstellung des Erblassers sei der Wert gleichfalls zunächst mit 17.771 DM aufgeführt, diese Zahl dann aber in 27.771 DM geändert worden. In einer weiteren Aufstellung habe der Erblasser den von ihm errechneten Wert gleichfalls um 10.000 DM verbessert und dem Wort "Bilder" hinzugefügt: "darunter Gemälde von Kaulbach und echte Kupferstiche". Diese ganz offensichtlich nachträglich vorgenommenen Änderungen seien kein ausreichender Beweis für die behauptete Entziehung.

Gegen diesen ihnen am 27.7.1963 zugestellten Beschluß haben die Antragsteller am 10.8.1963 sofortige Beschwerde eingelegt mit dem Antrag,

unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses das beklagte Deutsche Reich zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung, mindestens aber zur Zahlung eines weiteren Entschädigungsbetrages in Höhe von 12.750,-- DM zu verurteilen;

hilfsweise, den angefochtenen Beschluß aufzuheben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Wiedergutmachungskammer zurückzuverweisen.

Der Antragsgegner beantragt,

die sofortige Beschwerde zurückzuweisen.

II.

Die Beschwerde hat Erfolg. Die Ausführungen des angefochtenen Beschlusses sind insoweit widerspruchsvoll, als das Landgericht den Beweiswert der von der Hand des Erblassers stammenden Schriftstücke wegen "der ganz offensichtlich nachträglich vorgenommenen Änderungen" in Zweifel zieht. Diese nachträglich vorgenommenen Änderungen betrafen die Berichtigung eines offensichtlichen Additionsfehlers sowie den dem Wort "Bilder" beigegefügt erläut-

ternden Zusatz: "darunter Gemälde von Kaulbach und echte Kupferstiche".

Die Schriftstücke konnten für den vorliegenden Rechtsstreit nur als Beweis dafür in Betracht kommen, daß der Erblasser bei ihrer Herstellung davon ausgegangen ist, daß die Bilder dem Lift beige packt waren. Da er die Position "Bilder" mit 12.750,- DM bewertet hat, erhellt, daß er als Inhalt des Lifts nicht nur - wertlose - Familienbilder, sondern Gemälde mit besonderem Kunstwert zugrunde gelegt hat. Daran, daß der Erblasser damals diesen Standpunkt vertrat, wird nichts dadurch geändert, daß er sich bei der Addition der einzelnen Wertansätze verrechnet und der Position "Bilder" den erläuternden Zusatz: "darunter Gemälde v. Kaulbach und echte Kupferstiche" hinzugesetzt hat. Denn schon die ursprüngliche Bewertung dieser Position mit 12.750,- DM zeigt an, daß der Erblasser unter der Position "Bilder" Gegenstände von besonderem Wert hat erfassen wollen. Die nachträglichen Änderungen konnten daher entgegen der Annahme des Landgerichts den Beweiswert der Schriftstücke im Hinblick auf den damaligen Standpunkt des Erblassers nicht beeinträchtigen. Wegen dieses Fehlers in der Beweiswürdigung muß der angefochtene Beschluß aufgehoben und die Sache an die Wiedergutmachungskammer zurückverwiesen werden. Denn nach den Ausführungen des angefochtenen Beschlusses ist es nicht auszuschließen, daß sich das Landgericht nur wegen der nachträglich vorgenommenen Änderungen daran gehindert gesehen hat, die Mitverpackung der Gemälde als bewiesen anzusehen. Da der angefochtene Beschluß ohnehin aufgehoben werden muß, brauchte auf das übrige Vorbringen der Beschwerde nicht eingegangen zu werden.

Drotden

Kohlmann

Dr. Woesner



Für die Ausfertigung:

Unkundigeamt der Geschäftsstelle
des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen

Ko/Jo

Wiedergutmachungskammer Bremen

BESCHLUSS

In der Rückerstattungssache
der Erben nach den am 26.1.1958 in London verstorbenen
Eheleuten Bertha und Julius H e c h t , nämlich

1. Edith Menzies (fr. Mainzer) geb. Hecht,
geb. 27.3.1917, wohnhaft 11, Frederick Place,
Weymouth, Dorset/England,
2. Maynard Ludwig Hecht, geb. 18.3.1908,
wohnhaft 687 Newton Ave., Hempstead, N.Y./USA,

Antragsteller und Beschwerdeführer,

- Testamentsvollstreckung nach dem Recht des Staates
New York ist angeordnet. Zum Testamentsvollstrecker
ist der Antragsteller zu 2) ernannt worden -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Wilhelm
Hülshorst und Gisbert
Gehling, Paderborn,
Bahnhofstraße 1,

gegen

das Deutsche Reich,
dieses gemäß § 9 BRüG vertreten durch den Bundesminister
der Finanzen;

Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Bremen,
Bundesvermögens- und
Bauabteilung,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

Verfahrensbevollmächtigter: Assessor Wank, Bremen,

hat der Senat für Rückerstattungssachen des
Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen unter
Mitwirkung von

Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Arndt,

Oberlandesgerichtsrat Drodten,

Oberlandesgerichtsrat Dr. Woesner

am 25. Mai 1965 beschlossen:

Auf die sofortige Beschwerde der Antragsteller
wird der Beschluß der Wiedergutmachungskammer
des Landgerichts Bremen vom 17. Juli 1964 auf-
gehoben.

Die Sache wird zur neuen Verhandlung und Ent-
scheidung an das Landgericht Bremen zurückverwiesen.

G r ü n d e :

I. Mit Anmeldung vom 30. September 1957 hat der Erblasser Julius Hecht einen rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch wegen der Entziehung seines Umzugsguts geltend gemacht. Er ist von seinen Kindern, den Antragstellern, Frau Edith Menzies und Herrn Maynard Ludwig Hecht beerbt worden.

Im Verfahren vor dem Landesamt für Wiedergutmachung Bremen ist der rückerstattungsrechtliche Anspruch wegen Entziehung eines Lifts dem Grunde nach anerkannt und die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reichs in Höhe von 12000 DM durch Beschluß vom 22. Oktober 1962 festgestellt worden.

Bei diesem Schadensersatzbetrag sind 2 als besonders wertvoll bezeichnete Ölgemälde (Kaulbach) unberücksichtigt gelassen worden. Insoweit ist wegen dieser Ölgemälde die Angelegenheit gemäß Art. 64 Ziff. 1 des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung zur richterlichen Entscheidung an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bremen verwiesen worden. Die Antragsteller behaupteten, daß diese wertvollen Gemälde von Kaulbach von dem Erblasser heimlich einem Lift mit Umzugsgut beige packt gewesen seien, dessen Inhalt später beschlagnahmt und versteigert worden sei.

Die Antragsteller haben beantragt,

zu entscheiden was rechtens ist,
mindestens jedoch das beklagte Deutsche Reich zur Zahlung von 12750 DM zu verurteilen.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Anspruch zurückzuweisen.

Er hat angeführt, es könne nicht als erwiesen angesehen

werden, daß die fraglichen Gemälde in dem List verpackt gewesen und zusammen mit dem Umzugsgut vom Deutschen Reich entzogen worden seien.

Durch Beschluß der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen vom 24. Juli 1963 hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen den Antrag der Antragsteller zurückgewiesen. Auf die sofortige Beschwerde der Antragsteller ist durch Beschluß des Wiedergutmachungssenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen vom 7. April 1964 der angefochtene Beschluß aufgehoben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen worden.

In der erneuten Verhandlung vor dem Landgericht haben die Parteien ihr früheres Vorbringen und ihre früheren Anträge wiederholt.

Durch Beschluß der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen vom 17. Juli 1964 ist der Antrag der Antragsteller wiederum zurückgewiesen worden.

In den Gründen des Beschlusses hat das Landgericht u.a. ausgeführt: Es sei nicht zu erweisen, daß in dem Lift außer den unstreitig zum Inhalt des Lifts gehörigen Familienbildern weitere Bilder mitverpackt gewesen seien. Der Erblasser habe zwar seinem Antrag vom 22. Februar 1951 die beglaubigte Abschrift einer Einzelaufstellung über das entzogene Gut mit Wertangabe für jedes einzelne Stück beigefügt und die Richtigkeit der Aufstellung eidesstattlich versichert. Zugleich sei miteingereicht worden eine "beglaubigte Abschrift der Aufstellung der Bilder nebst Wertangabe im Luft, der durch die deutsche Regierung beschlagnahmt und versteigert wurde." Diese Aufstellung wiche aber in ihren Einzelheiten von der vorliegenden Umzugsliste ab. So seien in der Aufstellung

angeführt eine Kücheneinrichtung, ein antiker Sekretär und ein Staubsauger, die in der Umzugsliste fehlten; angeführt seien weiter in der Aufstellung 3 Teppiche, während sich in der Umzugsliste nur 2 Teppische fänden. Aufgeführt seien dagegen nicht in der Aufstellung Gartenmöbel, eine Nähmaschine und 2 Fahrräder, die in der Umzugsliste enthalten seien. Schließlich seien in der Umzugsliste aufgeführt 2 Couches, während in der neuen Aufstellung nur eine Couch und 5 Federbetten verzeichnet, hingegen in der neuen Aufstellung nur 2 Betten erwähnt worden seien. In der Umzugsliste seien endlich Familienbilder im Werte von 10 M angegeben, während in der späteren Aufstellung der Bilder neben 2 Ölgemälden von Kaulbach 20 Kupferstiche im Werte von je 250 bzw. 500 bzw. 750 M neben den anderen Kupferstichen und Stahlstichen aufgeführt seien. Diese Abweichungen zeigten, daß der Erblasser bei der Aufstellung seiner Forderungsliste nach dem Gedächtnis vorgegangen sei. Das Gericht habe keinen Zweifel daran, daß der Erblasser einmal die in der Forderungsliste aufgestellten Gegenstände besessen habe. In den Räumen des Erblassers seien aber nach seiner eigenen Erklärung anlässlich der Kristallnacht Zerstörungen und Wegnahmen in seiner Abwesenheit vorgenommen worden, und nach den Erklärungen des Antragstellers Maynard L. Hecht seien die regelmäßig gebrauchten Wohn- und Schlafzimmer nicht mit im Lift verpackt worden. Dem Erblasser könne bei dieser Lage kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er nach Abklingen der für ihn so schrecklichen Zeit über den Verbleib der einzelnen Gegenstände seiner Habe Angaben gemacht habe, die mit den dokumentarisch festgelegten früheren Angaben im Widerspruch ständen, derartige Angaben könnten dann aber nicht als Beweismittel angesehen werden. Es widerspreche jeglicher Erfahrung, daß Auswanderer, denen die Mitnahme einer zweiten Couch, von Gartenmöbeln, 2 Fahrrädern, einer Nähmaschine und weiteren 3 Betten gestattet sei,

diese Gegenstände nicht mit in den Lift verpackt, hingegen eine Kucheneinrichtung, einen antiken Sekretär, einen Staubsauger, einen Teppich und 22 Bilder, deren Mitnahme nicht gestattet worden sei, trotz scharfer Kontrollen ohne Wissen des Verladens in einem Lift verpackt hätten. Daher genüge die Aufstellung einer solchen Behauptung und ihre eidesstattliche Versicherung zum Beweise allein nicht. Ein Irrtum des Erblässers bei der Aufstellung seiner Forderungsliste sei möglich, ja sogar wahrscheinlich, so daß das Gericht dieser Liste keine Beweiskraft zuachten könne. Es könne daher nicht festgestellt werden, daß alle in der Liste aufgeführten Gegenstände, insbesondere die hier streitigen Bilder, im Lift verpackt und später vom Reich vereinnahmt worden seien. Das gelte insbesondere für die hier allein noch streitigen beiden Ölgemälde. Da sie nach den glaubwürdigen Erklärungen der Antragsteller im Schriftsatz vom 2. April 1963 je mindestens 1 qm groß gewesen seien, könnten sie nicht - vom Zoll und Spediteur unbemerkt - im Lift verpackt gewesen sein.

Gegen diesen, den Antragstellern am 24. Juli 1964 zugestellten Beschluß, haben diese am 4. August 1964 das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde eingelegt.

Sie rügen die Verletzung des formellen und materiellen Rechts, insbesondere des Art. 49 MRG 59 und des Art. 67 MRG 59 in Verbindung mit § 12 FGG.

Sie führen aus, daß die von der Wiedergutmachungskammer vorgenommene Beweismwürdigung den allgemeinen Denk- und Erfahrungssätzen widerspräche. Es hätte auch zumindest einer weiteren Aufklärung bedurft, ob die Bilder, wie die Kammer annehme, bei der Auswanderung in Salzkotten verblieben seien. Die Kammer hätte zu diesem Zweck

die Akten Rü 22/52 des Landgerichts Paderborn, bei denen sich eine Liste der versteigerten Gegenstände befindet, beiziehen müssen. Die Beweiswürdigung berücksichtige auch nicht die Beweisnotlage der Antragsteller. Hierin liege ein Verstoß gegen Art. 49 Abs. 2 MRG 59.

Die Antragsteller beantragen,

die Sache unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Wiedergutmachungskammer zurückzuweisen.

Der Antragsgegner beantragt,

die sofortige Beschwerde der Antragsteller zurückzuweisen.

Ein Verstoß gegen das Verfahrens- sowie das sachliche Recht ^{sei} bei dem angefochtenen Beschluß nicht erkennbar. Auch die vom Landgericht vorgenommene Beweiswürdigung sei frei von Widersprüchen und stehe nicht im Widerspruch zu den Gesetzen der Logik und der Lebenserfahrung. Es seien auch alle wesentlichen Beweismittel berücksichtigt worden.

II. Die sofortige Beschwerde der Antragsteller ist gemäß § 42 BRüG in Verbindung mit Art. 68 US-REG an sich statthaft und fristgerecht eingelegt worden, mithin zulässig.

Sie ist auch begründet. Auf das Rechtsmittel war der angefochtene Beschluß aufzuheben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen zurückzuweisen.

Die Überprüfung des angefochtenen Beschlusses läßt eine fehlerhafte Rechtsanwendung, auf welche die Nachprüfung durch den Rückerstattungssenat gemäß Art. 68 Abs. 2 Satz 4 US-REG allein beschränkt ist, erkennen. Die Beweiswürdigung der Wiedergutmachungskammer, die zu dem Ergebnis gelangt, daß die beiden Ölgemälde nicht dem Lift von dem Erblasser beigegeben worden sind und ein Fall der Entziehung nicht vorliegt, verstößt nach Überzeugung des Senats gegen Denk- und Erfahrungssätze schlechthin und ist damit rechtlich fehlerhaft.

Das Landgericht schließt aus dem Umstand, daß die in der Aufstellungsliste des Erblassers vom Februar 1951 aufgeführten Haushaltsgegenstände nicht den in der Umzugsliste des Erblassers aus dem Jahre 1939 enthaltenen Haushaltsgegenständen entsprächen, auf einen Irrtum des Erblassers. Das Landgericht ist dabei der Auffassung, wie dem Zusammenhang der Gründe zu entnehmen ist, daß der Erblasser sich auch hinsichtlich der beiden Ölgemälde, die noch Gegenstand dieses Rückerstattungsverfahrens sind, geirrt haben müsse. Dabei geht das Landgericht entsprechend dem Vortrag der Antragssteller mit dem Antragsgegner offensichtlich davon aus, daß die beiden Ölgemälde Werke des in der Kunstgeschichte berühmten Malers Kaulbach sind. Eine derartige Beweiswürdigung widerspricht nach Überzeugung des Rückerstattungssenats der Lebenserfahrung schlechthin. Wohl entspricht es den Regeln der Erfahrung, daß der Erblasser nach so langen Jahren bei der Aufführung seiner Haushaltsgegenstände in der Umzugsliste sich hinsichtlich des Umfanges der entzogenen Haushaltsgegenstände irren kann. Nach Überzeugung des Senats widerspricht es aber der Lebenserfahrung schlechthin, daß er auch einem Irrtum hinsichtlich der beiden wertvollen Ölgemälde eines in der Kunstgeschichte hervorragenden Malers unterlegen ist. Es entspricht der Lebenserfahrung viel-

mehr, daß das Schicksal und der Verbleib derartiger Gegenstände fest in der Erinnerung des Eigentümers haften bleiben, Umstände in der Person des Erblassers, die gegen diese Erfahrungsregeln sprechen, hat das Landgericht nicht festgestellt. Es widerspricht der Lebenserfahrung auch schlechthin, daß der Erblasser, wie dem Zusammenhang der Urteilsgründe zu entnehmen ist, einem Irrtum auch insoweit unterlegen sein soll, als die wertvollen Ölgemälde in der Kristallnacht 1938 weggenommen seien. Nach Überzeugung des Senats entspricht es der Erfahrung ^{auch} vielmehr, daß ein derartiges Ereignis fest in der Erinnerung des Erblassers geblieben wäre. Wenn das Landgericht zum Zwecke des Nachweises, daß die Ölgemälde nicht dem Lift beigelegt hätten, weiter darauf abstellt, daß die etwa 1 qm großen Bilder dem Zoll und dem Spediteur hätten auffallen müssen, so setzt sich das Landgericht mit dem Umstand nicht auseinander, daß in der Umzugsliste von Familienbildern die Rede war und die Gemälde von Kaulbach Porträts darstellten, mithin dem Zoll und dem Spediteur nicht ohne weiteres hätten auffallen brauchen. Nach allem ist der Senat der Auffassung, daß die Beweiswürdigung des Landgerichts schlechthin der Erfahrung widerspricht.

schon aus diesem Grunde
Es war daher/wie geschehen zu beschließen.

Wenn die Wiedergutmachungskammer unter gebührender Berücksichtigung der Besonderheiten eines Wiedergutmachungsverfahrens in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung in der neuen Verhandlung zu dem Ergebnis gelangt, daß die fraglichen Gemälde entzogen worden sind, wird sie diesen und ihrem Wert auch mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen, als es bisher in dem Verfahren von allen Beteiligten geschehen ist. Man ist offenbar im besten Glauben davon ausgegangen, daß die "Kaulbach" zugeschriebenen Bilder nur von

dem bekanntesten Träger dieses Namens stammen und daher auch einen beträchtlichen Wert dargestellt haben müssen. Tatsächlich weisen jedoch die Künstler-Lexika, wie sie etwa unschwer in der Bremer Kunsthalle einzusehen sind, mehrere Vertreter dieses Namens auf. Dabei fällt auf, daß Friedrich Kaulbach, ein Vetter des berühmten Kaulbach, in Norddeutschland, nicht sehr weit vom einstigen Wohnort der Eltern der Antragsteller, gelebt hat. An seinen Porträts - besonders des norddeutschen Adels - werden gerade die Eigenarten hervorgehoben, die den Antragstellern als solche der beiden Gemälde in ihrem Elternhaus in Erinnerung sind, nämlich peinlichste Wiedergabe aller Details.

Dr. Arndt

Drotden

Dr. Woesner



Für die Ausfertigung:

Justizhauptsekretär
Urakundsbeamter der Geschäftsstelle
des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen

- 15 OH 1013/1962 -
Verkündet am 29. Juli 1966

gez. Röhm
als Verkündungsbeamtin
der Geschäftsstelle

BESCHLUSS

In der Rückerstattungssache

der Erben nach den am 26.1.1958 in London verstorbenen
Eheleuten Bertha und Julius H e c h t , nämlich

1. Edith Menzies (früher Mainzer) geb. Hecht,
geb. 27.3.1917, wohnhaft 11, Frederick Place,
Weymouth, Dorset/England,
2. Maynard Ludwig H e c h t , geb. 18.3.1908,
wohnhaft 687 Newton Ave., Hempstead, N.Y./USA,

Antragsteller,

- Testamentvollstreckung nach dem Rechte des Staates
New York ist angeordnet. Zum Testamentvollstrecker
ist der Antragsteller zu 2) ernannt worden -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Wilhelm Hülshorst und Gisbert Gehling,
Paderborn, Bahnhofstraße 1,

gegen

das Deutsche Reich,
dieses gemäß § 9 BRUG vertreten durch den Bundesminister
der Finanzen;

Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Bremen,
Bundesvermögens- und Bauabteilung,

Antragsgegner,

Verfahrensbevollmächtigter: Reg.-Rat Wank, Bremen,
hat die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen
auf die mündliche Verhandlung vom 8. Juli 1966

unter Mitwirkung der Richter

Landgerichtsdirektor Beutler

Landgerichtsrat Voss

Landgerichtsrätin Denecke

beschlossen:

Der Antragsgegner wird verurteilt,
an die Antragsteller 4 000,-- DM nach Maßgabe
des BRUG zu zahlen.

Der weitergehende Anspruch wird abgewiesen.

Von den Kosten des Rechtsstreits haben der Antrags-
gegner 2/3 und die Antragsteller 1/3 zu tragen.



16/5

G r ü n d e .

XXXXXXXXXXXX.

Der Erblasser der Antragsteller meldete rückerstattungsrechtliche Schadenersatzansprüche wegen eines Lifts mit Hausrat an, der aus Verfolgungsgründen vom Antragsgegner entzogen worden war. Die Liste des Hausrats liegt als Anlage zur Ausführungsgenehmigung vom 5. 6. 1939 - D 8079/Sa - in der Devisenakte der Oberfinanzdirektion Münster, D 1017 B - 9/56 - Z 15-62 vor. Sie enthält die Position: Familienbilder - vor 1933 angeschafft - 10 RM. Der Erblasser der Antragsteller hatte diesen Posten in einer früheren handschriftlichen Aufstellung - Bl. 154 d.A. - ohne Datum als "Bilder, darunter Gemälde von Kaulbach und echte Kupferstiche" 12 750,-- " spezifiziert. In einer Einzelaufstellung ohne Datum - Bl. 18 der Akte Ra 912 des Landesamts für Wiedergutmachung Bremen - führte der Erblasser

| | |
|---|----------------------|
| " 2 Ölgemälde von Kaulbach | Goldmark 2 000,-- |
| 1 Kupferstich orig. "Wer das Glück hat, führt die Braut heim" | 500,-- |
| 2 Gobelins usw. | |

auf.

Bei den Verhandlungen über die Höhe der Entschädigungssumme vor dem Landesamt für Wiedergutmachung rügte der Antragsgegner am 8. 6. 1961 - Bl. 81 -, daß in einer am 2. 10. 1959 überreichten Liste - Bl. 54/55 - keine Bilder aufgeführt seien. Der auf Ersuchen des Landesamts für Wiedergutmachung gerichtlich vernommene Spediteur Mülker erklärte am 11. 12. 1961 - Bl. 98 -, sich an Bilder nicht zu erinnern, erfahrungsgemäß hätten aber außer Familienportraits keine wertvollen Bilder ausgeführt werden dürfen. Die Antragsteller erklärten am 26.4.1962 - Bl. 105 -, nach ihrer Überzeugung seien die Ölgemälde heimlich im Lift untergebracht worden. Mit der Bewertung des anderen Hausrats mit 12 000,-- RM seien sie einverstanden.

Durch rechtskräftigen Beschluß vom 22. 10. 1962 - Bl. 122, 3/4 - wurde der Antragsgegner zur Zahlung von 12 000,-- DM für den Hausrat "einschließlich der in der Umzugeliste aufgeführten Familienbilder, jedoch ohne die nach den Behauptungen der Antragsteller ebenfalls im Umzugsgut befindlichen gewesen und als besonders

wertvoll bezeichneten Ölgemälde " Verurteilt.

Mit Beschluß vom 6. 11. 1962 - Bl. 127 - wurde die Sache hinsichtlich dieser Ölgemälde mangels gütlicher Einigung gemäß Art. 64 Ziff. 1 MRG 59 an das erkennende Gericht verwiesen.

Die Antragsteller beantragten und beantragen,
zu entscheiden, was rechtens ist,
mindestens jedoch das beklagte
Deutsche Reich zur Zahlung von
12 750,-- DM zu verurteilen.

Sie beschreiben die beiden Ölgemälde als 3/4 bis 1 m mal
1 bis 1 1/4 m große, in den Details besonders eingehend ausgeführte
Ölportraits.

Der Antragsgegner beantragte und beantragt
Zurückweisung,
weil nicht als erwiesen angesehen werden könne, daß die fraglichen
Gemälde im Lift verpackt waren.

Nach einem fehlgeschlagenen Versuch weiterer Ermittlungen
und nach Erörterung des Sachverhalts hat das erkennende Gericht
mit Beschluß vom 24.7.1963 - Bl. 165 ff - den Antrag abgewiesen.

Auf die sofortige Beschwerde der Antragsteller hat das
Hanseatische Oberlandesgericht in Bremen mit Beschluß vom 7.4.1964
- Bl. 186 ff - den Beschluß des erkennenden Gerichts wegen fehler-
hafter Beweiswürdigung aufgehoben.

Durch Beschluß vom 17. Juli 1964 - Bl. 197 ff - wies das
erkennende Gericht den Antrag erneut ab.

Auch dieser Beschluß wurde durch Beschluß des Hanseatischen
Oberlandesgerichts in Bremen vom 25.5.1965 - Bl. 224 ff - wegen
der Erfahrung schlechthin widersprechender Beweiswürdigung aufge-
hoben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung zurück-
verwiesen.

Nach weiteren Ermittlungsversuchen wurden ein Gutachten und
ein Zusatzgutachten über den Wert der beschriebenen Ölgemälde
eingeholt.

Die Antragsteller wenden gegen das Gutachten ein, daß auf Auktionen ein Aufgeld von 15 % zu zahlen und daß der Preis solcher Bilder seit dem 1. April 1956 ständig gestiegen sei.

Der Antrag erscheint in Höhe des von dem Sachverständigen Dr. H. Bock mit Überzeugenden Gründen ermittelten Wiederbeschaffungswerts von 2 x 2 000,-- DM = 4 000,-- DM begründet.

Die vorangegangenen Abweisungen durch das erkennende Gericht beruhten auf der Erwägung, daß nach der Fassung des zusprechenden und des verweisenden Beschlusses des Landesamts für Wiedergutmachung vom 22. 10. und 6.11.1962 nur dann Raum für einen über 12 000,--DM hinausgehenden rückerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch sei, wenn festgestellt werden könne, daß außer den 1939 aufgeführten Familienbildern zwei weitere, besonders große und wertvolle Ölgemälde von Kaulbach heimlich im Lift untergebracht worden wären. Aus heute nicht mehr wichtigen Gründen ist diese Auffassung in den aufgehobenen Beschlüssen nur unvollkommen ausgedrückt. Den beiden aufhebenden Beschlüssen des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 7.4.1964 und vom 25.5.1965 entnimmt das erkennende Gericht die bindende Rechtsauffassung des Hanseatischen Oberlandesgerichts, daß zwei Ölgemälde eines Malers namens Kaulbach als entzogen zu entschädigen sind.

Diese Gemälde sind in den Erklärungen der Antragsteller Bl. 57/58, 78, 143/3 hinreichend genau glaubwürdig beschrieben. Die vom Hanseatischen Oberlandesgericht Bl. 228 angedeutete Vermutung, nicht der berühmte Wilhelm von Kaulbach, sondern ein anderes Mitglied der Familie möge der Urheber der beschriebenen Bilder sein (vom erkennenden Gericht in einer früheren mündlichen Verhandlung auch schon extra protocollo geäußert), konnte durch den Sachverständigen nach weiteren Hinweisen der Antragsteller mit der nach Sachlage möglichen größten Wahrscheinlichkeit dahin präzisiert werden, daß Friedrich von Kaulbach als Maler von zwei Portraits - möglicherweise eines Grafen und einer Gräfin von Westphal(en) aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts - wahrscheinlich ist.

Daß 2 Portraits dieser Art 1878 auf einer Ausstellung in Dresden gezeigt wurden, während das Haus mit den Bildern schon um 1874 durch den Großvater der Antragsteller erworben worden sein soll, schließt den Bildbesitz nicht aus. Einmal ist das Erwerbsjahr 1874 unsicher, zum anderen kann auf der Dresdner Ausstellung eine Leihgabe des Großvaters der Antragsteller gezeigt worden sein.

Die Wertangaben des Sachverständigen Dr. H. Bock - je 2 000,-- DM am 1. 4. 1956 - überzeugt wegen ihrer sachgemäßen Begründung mit künstlerischen und kunsthändlerischen Details. Die aufgeführten Kaufpreise von Bildern der (Namens-) Vettern von Friedrich Kaulbach liegen in 3 Fällen erheblich unter 2 000,-- DM (sfr. 520,-- im Jahre 1953, DM 1 100,-- im Jahre 1957 und DM 950,-- im Jahre 1957), in drei Fällen um diesen Betrag (DM 2 200,-- im Jahre 1954 und je 1 900,-- DM bei 2 Verkäufen 1959) und nur in einem Falle erheblich darüber (4 000,-- DM nicht für ein Portrait, sondern für einen "Maitanz" 1957). Den Auktionszuschlag von bis zu 15 % erwähnt der Sachverständige auch, ehe er zu seiner Schätzung von 2 000,-- DM je Bild kommt.

Einer Berücksichtigung der auch vom Sachverständigen bestätigten Wertsteigerung nach dem 1. 4. 1956 steht § 16 BRUG entgegen. Daher kann den Antragstellern nicht mehr als der Betrag von 4 000,-- DM suerkannt werden.

Die Kostenentscheidung ergeht gemäß Art. 72 II MRG 59 nach § 92 ZPO. Eine einfach quotenmäßige Verteilung ist dabei unangebracht. Das Gericht berücksichtigt vielmehr - vgl. Baumbach Anm. 1 C bb zu § 92 ZPO - das Verhalten des Antragsgegners im Prozeß, der durch das Bestreiten dem Grunde nach die zweimalige sofortige Beschwerde mitverursachte, über deren Kosten jetzt einheitlich mitzuentscheiden ist. Die Belastung des Antragsgegners mit 2/3 der Kosten dürfte dem durch ihn mitverursachten Kostenanteil im Hinblick auf das ursprüngliche Begehren beider Parteien soweit als möglich gerecht werden.

Beutler

Voss

Denecke

Für die Auffertigung:

Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Landgerichts

